

Prüfungsrecht

Fischer / Jeremias / Dieterich

8. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77900-8
C.H.BECK

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 27/2


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prüfungsrecht

Begründet von

Dr. Norbert Niehues †

Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.

Bearbeitet von

Edgar Fischer

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht in Berlin

und

Dr. Christoph Jeremias

Richter am Landgericht in Berlin

und

Dr. Peter Dieterich, LL. M.

Richter am Verwaltungsgericht in Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

8., vollständig neubearbeitete Auflage 2022



Zitierweise: Fischer/Jeremias/Dieterich PrüfungsR Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77900 8

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 8. Auflage

Die Neuauflage des von Dr. Norbert Niehues begründeten Buches weist in personeller wie inhaltlicher Hinsicht Neuerungen auf. Dabei wurde die bewährte und das Buch seit 45 Jahren auszeichnende Gliederung beibehalten. Um dem Leser die Arbeit mit dem Buch auch im Übrigen zu erleichtern und die Verweise, insbesondere der Rechtsprechung, auf die Voraufgabe(n) nachvollziehen zu können, ist zudem die Zuordnung zu den Randnummern weitgehend unverändert geblieben.

Die beiden Autoren der Voraufgabe freuen sich sehr darüber, dass sie Herrn Dr. Peter Dieterich als weiteren Autor gewinnen konnten, der eine große Bereicherung im Autorenteam darstellt. Aufgrund seiner prüfungsrechtlichen Tätigkeiten – zunächst in einer für Prüfungsrecht zuständigen Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin und sodann als Mitarbeiter beim Gemeinsamen Justizprüfungsamt der Länder Berlin und Brandenburg sowie als Referent in prüfungsrechtlichen Seminaren – bringt er breitgefächerte Expertise mit. Er hat sich der neuen Aufgabe mit großer Freude und enormem Engagement gestellt.

Die seit nunmehr fast zwei Jahren das öffentliche Leben maßgeblich bestimmende Corona-Pandemie hat auch vor dem Prüfungswesen nicht Halt gemacht. Vielmehr sind mit ihr außergewöhnliche Erschwernisse für die Sicherstellung ordnungsgemäßer Prüfungsverfahren einhergegangen. Die Pandemie bewirkte zudem einen immensen Digitalisierungsschub bei der Durchführung von Prüfungen. Die Diskussionen um die rechtliche Flankierung dieser tatsächlichen Entwicklungen hält an. Die Autoren, die sich frühzeitig diesen Themen gestellt und bemüht haben, in Fachaufsätzen und Seminaren praktikable und den (insbesondere verfassungsrechtlichen) Grundsätzen des Prüfungsrechts gerecht werdende Lösungen für Prüfungen unter Pandemiebedingungen zu entwickeln, haben sich entschieden, die zahlreichen diesbezüglichen Rechtsfragen nicht in einem gesonderten Kapitel, sondern an den inhaltlich jeweils passenden Stellen einzuarbeiten – nicht zuletzt, um zu verdeutlichen, dass es sich hierbei nicht um pandemisches Sonderrecht, sondern die konsequente Anwendung und Fortschreibung überkommener Grundsätze des Prüfungsrechts handelt. Dementsprechend legt die Neuauflage einen Schwerpunkt auf die Voraussetzungen einer rechtssicheren Durchführung von Präsenz- und Online-Prüfungen auch in Zeiten der Pandemie. So geben etwa die Rn. 28 ff. Auskunft darüber, wie die Online-Prüfung in das System der Prüfungsarten einzuordnen ist, inwiefern die Durchführung von Online-Prüfungen einer gesonderten Rechtsgrundlage bedarf und unter welchen Voraussetzungen ein Anspruch auf eine Online-Prüfung bestehen kann. Mit Fragen der Prüfungsgestaltung (zB dem Umgang mit technischen Störungen oder der hinreichenden Prüfungsaufsicht in Online-Prüfungen) beschäftigen sich die Rn. 420 ff., wobei ein besonderes Augenmerk auf die Organisation der Prüfung als Online-Prüfung und/oder als elektronische Prüfung liegt (insb. Rn. 454a ff.).

Berücksichtigt wurden bei der Neubearbeitung ca. 300 gerichtliche Entscheidungen aus den Jahren 2018 bis 2021. Wie bereits in den Jahren zuvor sind Rechtsfragen zu Prüfungsunfähigkeit und Dauerleiden, Rücktritt und Nachteilsausgleich von ungebrochen großer Relevanz in behördlicher Prüfungspraxis und prüfungsrechtlicher Judikatur. In der vorliegenden Neuauflage werden diese Themen grundlegend neu dargestellt und auf den aktuellen Stand gebracht (Rn. 249 ff.). Die im Umfang wesentlich erweiterten Ausführungen zum Thema Dauerleiden und Nachteilsausgleich (bisher Rn. 258 ff.) finden sich nun in den neu eingefügten Randnummern 301a–301l. Gerade im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs, aber auch bei Initiativen des Gesetzgebers zu diesen Themen

werden die – weitgehend verfassungsrechtlich fundierten – prüfungsrechtlichen Grundsätze leider nicht immer hinlänglich beachtet.

Der Teil zur Bewertung von Prüfungsleistungen (Rn. 520 ff.) war vor allem hinsichtlich der Rechtsprechung zu aktualisieren. Da die elektronische Bekanntgabe von Prüfungsentscheidungen nicht selten Gegenstand eines Rechtsstreits ist, sind die Ausführungen hierzu (Rn. 700) überarbeitet und aktualisiert worden. Gleiches gilt für das Überdenkungsverfahren (Rn. 783 ff.), bei dem es in der Praxis (weiterhin) nicht selten zu Fehlern kommt, wie die jüngere Judikatur belegt.

Die aktualisierten Ausführungen zur Anerkennung von Prüfungsleistungen sind zur besseren Übersichtlichkeit in ein gesondertes Kapitel überführt worden (Teil F, Rn. 725 ff.).

Von fortwährender Aktualität sind weiterhin die Diskussionen um die Verwaltungsaktqualität von Prüfungsentscheidungen und die damit verbundenen Fragen des staatlichen Rechtsbehelfs. Um den rechtssicheren Umgang mit dieser Thematik zu erleichtern, werden Differenzierungskriterien geordnet und Entwicklungslinien der jüngeren Rechtsprechung nachgezeichnet (Rn. 814 ff.).

Wir bitten um Nachsicht und Verständnis, dass wir auch bei dieser Auflage aus Gründen der Lesbarkeit bei der Bezeichnung von Personen das generische Maskulinum verwenden. Wir schließen damit keinesfalls Prüferinnen, Hochschullehrerinnen, Professorinnen oder Studentinnen aus, sondern sprechen diese ebenfalls an.

Anregungen und Kritik nehmen wir gerne über den Verlag C. H. Beck oder durch Zuschrift an Fischer-Jeremias-Dieterich@gmx.de entgegen.

Berlin, im Januar 2022

Edgar Fischer

Christoph Jeremias

Peter Dieterich

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

<i>Edgar Fischer</i>	Kapitel D, E, G, H
<i>Dr. Christoph Jeremias</i>	Kapitel C
<i>Dr. Peter Dieterich</i>	Kapitel A, B, F, I


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV
Schrifttumsverzeichnis	XIX
A. Einführung/Grundfragen des Prüfungswesens	1
I. Die rechtliche Ordnung des Prüfungsgeschehens	1
II. Prüfungen als staatliche Angelegenheit/Grenzen der hoheitlichen Gestaltungsfreiheit	4
III. Das Prüfungsrechtsverhältnis	7
B. Rechtsgrundlagen der Prüfungen/Rechtsgültigkeit der Prüfungsordnungen	11
I. Der Vorbehalt des Gesetzes	11
II. Anforderungen an die Rechtsgültigkeit von Prüfungsordnungen/Folgen der Rechtsgültigkeit	45
III. Änderung der Prüfungsordnung/Vertrauensschutz	51
IV. Verwaltungsvorschriften/ständige Prüfungspraxis	59
V. Beispiele normativer Regelungen einzelner Prüfungen	62
C. Das Prüfungsverfahren	83
I. Grundrechtsschutz durch Gestaltung des Prüfungsverfahrens	83
II. Rechte und Pflichten des Prüflings im Prüfungsverfahren	85
III. Zur Person des Prüfers	173
IV. Zuständigkeitsfragen/Besetzung der Prüfungskommission	200
V. Der Prüfungsstoff/Rechtliche Anforderungen an die Prüfungsaufgaben	210
VI. Form und Verlauf der Prüfung	225
VII. Das Prüfungsprotokoll	255
VIII. Störungen durch äußere Einwirkungen	260
IX. Folgen der Verletzung von Verfahrensvorschriften	268
D. Die Bewertung der Prüfungsleistungen	285
I. Das Verfahren bei der Bewertung der Prüfungsleistungen	285
II. Inhaltliche Anforderungen an die Bewertung von Prüfungsleistungen	325
E. Die Prüfungsentscheidung	357
I. Die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	357
II. Die Form der Prüfungsentscheidung	360
III. Die Begründung der Prüfungsentscheidung	360
IV. Möglichkeiten der Korrektur des Prüfungsergebnisses	371

F. Die Anerkennung von Abschlüssen und sonstigen Berechtigungen	373
I. Anerkennung von in einem anderen Bundesland erworbenen Abschlüssen	374
II. Anerkennung von Abschlüssen und Anrechnung sonstiger Leistungen bei Bachelor- und Masterstudiengängen	383
III. Anerkennung von in der Deutschen Demokratischen Republik erworbenen Abschlüssen	388
IV. Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen	390
G. Die Wiederholung der Prüfung	397
I. Rücktritt mit „Wiederholungsrecht“	397
II. Wiederholung zur Korrektur von Prüfungsmängeln	398
III. Reguläre Wiederholungsmöglichkeiten	401
H. Einwendungen gegen die Prüfungsentscheidung/verwaltungsinternes Kontrollverfahren	411
I. Vorprozessuales Verfahren bei Einwendungen des Prüflings gegen die Prüfungsentscheidung	411
II. Der Anspruch des Prüflings auf ein „Überdenken“ der Bewertung seiner Leistungen	413
I. Prozessrechtliche Fragen	427
I. Verwaltungsrechtsschutz im Prüfungswesen	427
II. Der Verwaltungsrechtsweg	427
III. Örtliche Zuständigkeit	430
IV. Verfahrensbeteiligte	431
V. Streitgegenstand	433
VI. Vorliegen eines Verwaltungsakts	434
VII. Klagearten	446
VIII. Klagebefugnis	457
IX. Das Vorverfahren	458
X. Fristen	460
XI. Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	463
XII. Das gerichtliche Verfahren im Einzelnen	467
XIII. Die gerichtliche Kontrolldichte/Bewertungsspielraum des Prüfers	480
XIV. Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung/Bindungswirkung	490
XV. Vorläufiger Rechtsschutz	493
XVI. Streitwert	506
XVII. Vergleichsmöglichkeiten	508
Sachverzeichnis	511

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung/Grundfragen des Prüfungswesens	1
I. Die rechtliche Ordnung des Prüfungsgeschehens	1
II. Prüfungen als staatliche Angelegenheit/Grenzen der hoheitlichen Gestaltungsfreiheit	4
III. Das Prüfungsrechtsverhältnis	7
B. Rechtsgrundlagen der Prüfungen/Rechtsgültigkeit der Prüfungsordnungen	11
I. Der Vorbehalt des Gesetzes	11
1. Grundsätzliche Geltung	11
2. Regelung des Verfahrens und der Zuständigkeit	18
3. Regelung der Leistungsanforderungen und der Leistungsbewertung – insbesondere Anforderungen an die Regelung eines Antwort-Wahl-Verfahrens	34
4. Regelung schulischer Leistungsbewertungen	41
II. Anforderungen an die Rechtsgültigkeit von Prüfungsordnungen/Folgen der Rechtsgültigkeit	45
III. Änderung der Prüfungsordnung/Vertrauensschutz	51
IV. Verwaltungsvorschriften/ständige Prüfungspraxis	59
V. Beispiele normativer Regelungen einzelner Prüfungen	62
1. Juristische Prüfungen	62
2. Ärztliche Prüfungen	70
3. Prüfungen in den Bachelor- und Masterstudiengängen	74
C. Das Prüfungsverfahren	83
I. Grundrechtsschutz durch Gestaltung des Prüfungsverfahrens	83
II. Rechte und Pflichten des Prüflings im Prüfungsverfahren	85
1. Anspruch auf Zulassung zur Prüfung und Durchführung des Prüfungsverfahrens	85
a) Zulassung zur Prüfung	86
b) Anspruch auf Durchführung/Fortsetzung des Prüfungsverfahrens	99
2. Beendigung des Prüfungsverfahrens/Rücktritt aus wichtigem Grund	102
3. Anspruch auf Information, Anhörung, Akteneinsicht	104
a) Rechtsgrundlagen	105
b) Information und Anhörung	106
c) Akteneinsicht	110
4. Mitwirkungspflichten des Prüflings/Rügeobliegenheiten/-pflichten	116
5. Unterlassung von Störungen	121
6. Persönlich zu erbringende Leistungen/Täuschungsverbot	123
a) Persönliche selbstständige Leistung	123
b) Täuschungsversuch	124
c) Sanktionen	133
7. Persönliche Behinderungen/Verhinderungen	138
a) Krankheitsbedingte Prüfungsunfähigkeit, Säumnis, Rücktritt wegen wichtigen Grundes	138
b) Dauerleiden und Nachteilsausgleich	161
III. Zur Person des Prüfers	173
1. Allgemeine persönliche Qualifikation	173
2. Fachliche Qualifikation	174

3. Eigenverantwortlichkeit und Unabhängigkeit	180
4. Die Gebote der Fairness und der Sachlichkeit	186
5. Ausschluss von der Prüfung/Befangenheit	191
IV. Zuständigkeitsfragen/Besetzung der Prüfungskommission	200
V. Der Prüfungsstoff/Rechtliche Anforderungen an die Prüfungsaufgaben	210
1. Grundanforderungen an die Auswahl des Prüfungsstoffs	210
2. Inhaltliche Einzelanforderungen an den Gegenstand der Prüfung; (Un-) Beachtlichkeit von Ausbildungsmängeln	213
3. Klarheit und Eindeutigkeit der Prüfungsaufgaben	221
VI. Form und Verlauf der Prüfung	225
1. Zeitliche Bindungen	227
a) Vorbereitungs-, Bearbeitungs- und Prüfungszeiten	227
b) Fristen, Termine, Ladungen	231
2. Grenzen des Gestaltungsermessens der Prüfer und Prüfungsbehörden	235
a) Örtliche und räumliche Arbeitsbedingungen	237
b) Gestaltung der häuslichen oder praktischen Arbeit	238
c) Gestaltung von Aufsichtsarbeiten	241
d) Organisation und Gestaltung der mündlichen oder mündlich-praktischen Prüfung	247
e) Organisation und Gestaltung von elektronischen Prüfungen	252
VII. Das Prüfungsprotokoll	255
VIII. Störungen durch äußere Einwirkungen	260
1. Erheblich störende Einwirkungen	260
2. Vorsorge und Abhilfe durch die Prüfungsbehörde	262
3. Rechtzeitige Rüge des Prüflings	264
IX. Folgen der Verletzung von Verfahrensvorschriften	268
1. Die Erheblichkeit des Verfahrensmangels	268
2. Berichtigung offensichtlicher Fehler/Heilung von Verfahrensmängeln	272
3. Fehlerbeseitigung/Neubewertung oder Wiederholung der Prüfung	273
a) Fehler im Verfahren zur Ermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten des Prüflings	273
b) Bewertungsfehler	278
4. Anspruch auf Schadensersatz	280
D. Die Bewertung der Prüfungsleistungen	285
I. Das Verfahren bei der Bewertung der Prüfungsleistungen	285
1. Grundanforderungen an das Bewertungsverfahren	286
a) Richtige und vollständige Erfassung des Gegenstandes der Bewertung	286
b) Absolute oder relative Bewertung	288
c) Kompensation schlechter Einzelnoten durch bessere Leistungen in anderen Fächern	291
d) Zusammenwirken mehrerer Prüfer/Zweiprüferprinzip	295
2. Benotung	303
a) Der Leistungsnachweis durch Punkte und Noten	303
b) Die Notenbildung	303
3. Besonderheiten beim Antwort-Wahl-Verfahren	312
4. Sonstige Anforderungen an das Bewertungsverfahren	319
II. Inhaltliche Anforderungen an die Bewertung von Prüfungsleistungen	325
1. Die Grundlagen und der Gegenstand der Bewertung	325
2. Materiell-rechtliche Vorgaben für die Leistungsbewertung	330
a) Bei fachspezifischen und bei prüfungsspezifischen Wertungen	330
b) Das Willkürverbot/sachfremde Erwägungen	332
c) Das Gebot, allgemein gültige Bewertungsgrundsätze zu beachten	336
d) Das Gebot, Gleiches gleich zu bewerten	342
e) Sonstige rechtliche Bindungen (Zusagen, ständige Bewertungspraxis)	344

3. Die Erheblichkeit inhaltlicher Bewertungsfehler	345
4. Neubewertung	348
5. Verschlechterungsverbot	351
E. Die Prüfungsentscheidung	357
I. Die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	357
II. Die Form der Prüfungsentscheidung	360
III. Die Begründung der Prüfungsentscheidung	360
1. Einfachgesetzliche Grundlagen	361
2. Verfassungsrechtliche Gewährleistungen	361
a) Anspruchsgrundlagen	361
b) Art und Umfang der Gewährleistungen	362
IV. Möglichkeiten der Korrektur des Prüfungsergebnisses	371
F. Die Anerkennung von Abschlüssen und sonstigen Berechtigungen	373
I. Anerkennung von in einem anderen Bundesland erworbenen Abschlüssen	374
II. Anerkennung von Abschlüssen und Anrechnung sonstiger Leistungen bei Bachelor- und Masterstudiengängen	383
III. Anerkennung von in der Deutschen Demokratischen Republik erworbenen Abschlüssen	388
IV. Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen und Berufsqualifikationen	390
G. Die Wiederholung der Prüfung	397
I. Rücktritt mit „Wiederholungsrecht“	397
II. Wiederholung zur Korrektur von Prüfungsmängeln	398
III. Reguläre Wiederholungsmöglichkeiten	401
1. Wiederholung nicht bestandener Prüfungen	401
2. Freiversuch und Wiederholung bestandener Prüfungen	409
H. Einwendungen gegen die Prüfungsentscheidung/verwaltungsinternes Kontrollverfahren	411
I. Vorprozessuales Verfahren bei Einwendungen des Prüflings gegen die Prüfungsentscheidung	411
II. Der Anspruch des Prüflings auf ein „Überdenken“ der Bewertung seiner Leistungen	413
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	413
2. Voraussetzung: Substantiierte Einwendungen	415
3. Zuständigkeiten und Ablauf des Verfahrens	417
I. Prozessrechtliche Fragen	427
I. Verwaltungsrechtsschutz im Prüfungswesen	427
II. Der Verwaltungsrechtsweg	427
III. Örtliche Zuständigkeit	430
IV. Verfahrensbeteiligte	431
V. Streitgegenstand	433
VI. Vorliegen eines Verwaltungsakts	434
VII. Klagearten	446
1. Anfechtungsklage	447
2. Verpflichtungs-/Bescheidungsklage	450
3. Leistungsklage	453

XIV	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
	4. Feststellungsklage	454
	5. Fortsetzungsfeststellungsklage	454
VIII.	Klagebefugnis	457
IX.	Das Vorverfahren	458
X.	Fristen	460
XI.	Das allgemeine Rechtsschutzinteresse	463
XII.	Das gerichtliche Verfahren im Einzelnen	467
	1. Die Aufklärung des Sachverhalts	467
	2. Beweiserhebung	474
	3. Beweislast	476
	4. Hinweispflicht des Gerichts	479
XIII.	Die gerichtliche Kontrolldichte/Bewertungsspielraum des Prüfers	480
XIV.	Der Inhalt der gerichtlichen Entscheidung/Bindungswirkung	490
XV.	Vorläufiger Rechtsschutz	493
	1. Aussetzungsverfahren nach § 80 Abs. 5 VwGO	495
	2. Anordnungsverfahren nach § 123 VwGO	499
XVI.	Streitwert	506
XVII.	Vergleichsmöglichkeiten	508
	Sachverzeichnis	511